



Von den zusätzlichen Beförderungen profitieren alle Kernbereiche

600 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten für Spitzenfunktionen des gehobenen Dienstes werden in den kommenden fünf Jahren bei der Polizei in NRW geschaffen. Die ersten 101 Beförderungen sollen noch in diesem Jahr ausgesprochen werden, die übrigen folgen in fünf gleichen Schritten bis 2014. Das hat der Haushaltsausschuss des Landtags bereits beschlossen. Profitieren sollen von den zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten alle Bereiche der Polizei.

Mit den zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten reagiert die Landesregierung auf die immer wieder von der GdP vorgebrachte Kritik, dass Polizeibeamtinnen und -beamte, die in ihrem Bereich Führungsfunktionen oder die Verantwortung für einen Sachbereich übernommen haben, nicht entsprechend ihrer Funktion bezahlt werden, weil es für Spitzenfunktionen im gehobenen Dienst nicht genügend Planstellen gibt. „Mit der von der Landesregierung beschlossenen partiellen Aufhebung des Deckelungsbeschlusses werden zwar nicht alle bestehenden Probleme bei der ungleichen Beurteilung von Kolleginnen und Kollegen gelöst, aber die Landesregierung setzt damit ein Signal, dass sich auch bei der Polizei Engagement und Leistung lohnen sollen“, erklärte GdP-Landesvorsitzender Frank Richter.

Positiv bewertet die GdP auch die Ankündigung von Innenminister Ingo Wolf (FDP), dass von den neuen Planstellen alle Bereiche der Polizei profitieren werden. Wolf will die zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten auf der Basis der bestehenden Funktionszuordnung (FZO) vergeben. Das bedeutet, dass auf die 5900 Kolleginnen und Kollegen im Bereich Kriminalität (23 Prozent der Polizeibeamten in NRW) 41 Prozent der zusätzlichen Planstellen in A 12 und 32 Prozent der zusätzlichen Planstellen in A 13 entfallen. Auf die 19 100 Kolleginnen und Kollegen im Wachdienst und im operativen Verkehrsdienst (67 Prozent der Polizeibeamten) entfallen entspre-

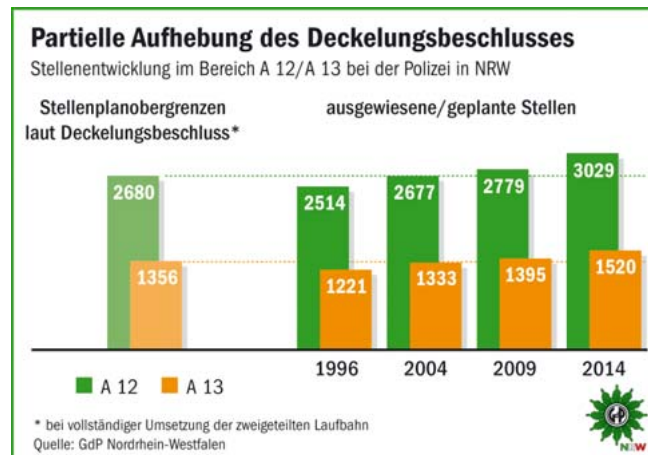
chend weniger Stellen. Die GdP hat in den Gesprächen mit dem Innenministerium die Verteilung der zusätzlichen Beförderungen anhand der bestehenden FZO mitgetragen, um der besonderen Situation in den Ermittlungsdiensten Rechnung zu tragen. „Wir kennen die starke Arbeitsbelastung in den Kommissariaten“, betont Richter. „Aber auch in den anderen Kernaufgaben der Polizei hat es in den vergangenen Jahren einen massiven Personalabbau und eine erhebliche Arbeitsverdichtung gegeben. Auch dort gibt es eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen, die nicht entsprechend ihrer Aufgabe bewertet und bezahlt werden, weil nicht genügend Beförderungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Auch diese Kolleginnen und Kollegen haben ein Recht auf unsere Solidarität und auf die Unterstüt-

zung ihrer Gewerkschaft.“ In den Gesprächen mit dem Innenministerium über die kostenneutrale Finanzierung der jetzt auf den Weg gebrachten zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten hat die GdP deshalb ihre Zustimmung von der Verteilung der Beförderungen auf der Basis der bestehenden FZO abhängig gemacht. Sonst würden die Kolleginnen und Kollegen in allen anderen Kernbereichen der Polizei ein Sonderopfer bringen, damit die Beförderungprobleme in einem einzigen Kernbereich gelöst werden, während die eigenen Kolleginnen und Kollegen leer ausgehen. „Diese Art von Klientelpolitik lehnen wir ab“, erklärte Richter. „Sie hätte auch mit gewerkschaftlicher Solidarität nichts mehr zu tun.“

Nach den vom Innenministerium geplanten Verfahrensregeln sollen die zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten nach folgendem Verfahren in Anspruch genommen werden:

1. Zuweisung einer Beförderungsstelle an eine Behörde
2. Festlegung durch die Behörde, welcher Funktion als höherwertigem Dienstposten diese Beförderungsstelle im Rahmen der FZO zugewiesen wird
3. Ausschreibung mit Anforderungsprofil nach den Grundsätzen der Bestenauslese
4. Einweisung in die Funktion
5. Beförderung nach Bewährung

Durch die Orientierung an der FZO will das Innenministerium sicherstellen, dass sich die Übernahme von Führung, die besondere Qualifizierungen in Fachbereichen sowie eine qualifizierte Sachbearbeitung in allen Kernbereichen der Polizei auch finanziell bezahlt macht. „Die von der Landesregierung beschlossene partielle Aufhebung des Deckelungsbeschlusses ist ein erster, längst überfälliger Schritt, um dieses Ziel zu erreichen“, betonte Richter.



Durch die bis 2014 geplanten zusätzlichen 450 Planstellen im Bereich A 12/A 13 kann ein Teil des Beförderungsstaus bei Spitzenfunktionen des gehobenen Dienstes abgebaut werden. Allerdings werden auch in Zukunft nicht alle Stellen entsprechend ihrer Funktion eingruppiert werden können. Weder bei der Kripo, noch in anderen Bereichen der Polizei.



Klientelpolitik nutzt niemandem

Der sogenannte Deckelungsbeschluss aus dem Jahre 1994 ist aufgeweicht. In den nächsten sechs Jahren werden durch Planstellenhebungen 600 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten geschaffen. Eine tolle Nachricht für die gesamte Polizei, denkt man als Interessenvertreter der Polizistinnen und Polizisten in unserem Lande. Aber offenbar denken nicht alle so. Offenbar ist die Schaffung von 600 zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten für einige kein Grund zur Freude. Offenbar ist die Tatsache, dass 600 Kolleginnen und Kollegen, die in ihrem Bereich Führungsfunktionen übernommen haben, in den kommenden Jahren endlich entsprechend ihrer Aufgabe bezahlt werden können, kein positives Signal, sondern nur ein billiger Vorwand für eine peinliche Diffamierungskampagne. Eine Kampagne, deren Form und Inhalt kaum erträglich sind.

Da wird die GdP als „Spartengewerkschaft“ diffamiert, da werden GdP-Funktionäre als „Schergen“ bezeichnet. Und das nur, weil die Vertreter des BDK in den Gesprächen mit dem Innenministerium irriterweise davon ausgegangen sind, dass alle zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten ausschließlich in den Ermittlungsdienst gehen. Soviel zum Thema „Spartengewerkschaft“.

41 Prozent der Stellenanhebungen bei A 13 und 32 Prozent der Anhebungen

nach A 12 gehen in den Bereich des Ermittlungsdienstes. Und das bei einem Anteil von gerade einmal 23 Prozent an den Beschäftigten. Diese Zahlen machen deutlich, dass die aktuell durch den BDK geschürte Polemik eines angeblichen „Stellenklaus“ jeglicher Grundlage entbehrt. Und die Zahlen machen deutlich, dass die GdP bei den Gesprächen mit dem Innenministerium auch die besondere Situation des Ermittlungsdienstes im Blick hatte. Die Erweiterung der dortigen Planstellen ist sachgerecht und sinnvoll, damit auch dort eine bessere Perspektive für Führungs- und Fachkarrieren gegeben ist.

Die jetzt von BDK-Vertretern inszenierte Kampagne blendet das aus. Schlimmer noch: Sie wirft gegenüber der Öffentlichkeit ein unsägliches Bild auf die Polizei. Sie bricht ohne Rücksicht auf Verluste bei allen anderen Beschäftigten einen Verteilungskampf zu Gunsten einer Minderheit vom Zaun. Und das in einer Zeit, in der die Landesregierung trotz dramatischer Steuereintrübe, trotz der noch immer nicht absehbaren Folgen der Banken- und Wirtschaftskrise und des reihenweisen Wegbrechens großer, traditionsreicher Unternehmen in NRW bereit ist, innerhalb von sechs Jahren 600 zusätzliche Beförderungen bei der Polizei zu ermöglichen. Unter den Auswirkungen des Deckelungsbeschlusses hatten in den vergan-



Auch im K-Bereich wird die Zahl der Beförderungsmöglichkeiten zurückgehen, wenn sich die Beschäftigten bei der Polizei auseinanderdividieren lassen, warnt GdP-Landesvorsitzender Frank Richter.

genen 15 Jahren alle Bereiche der Polizei zu leiden. Die Kriminalpolizei genauso wie die anderen Bereiche. Deshalb ist es auch folgerichtig, dass von der jetzt erreichten teilweisen Aufhebung des Deckelungsbeschlusses alle Kernbereiche der Polizei profitieren. Wer das infrage stellt, schadet nicht nur den anderen Kolleginnen und Kollegen, sondern auch dem Ermittlungs-Bereich. Denn bessere Arbeitsbedingungen, eine faire Bezahlung und verlässliche Aufstiegsmöglichkeiten wird es bei der Polizei nur geben, wenn sich die Beschäftigten nicht auseinanderdividieren lassen. Denn sonst macht die Politik den Deckel wieder zu.

Regelungen zur „größtmöglichen Verfügbarkeit“ festgelegt

Nachdem die GdP bei den diesjährigen besonderen Einsatzlagen festgestellt hat, dass die Regelungen zur „größtmöglichen Verfügbarkeit“ in den Behörden unterschiedlich ausgelegt wurden (DP 11/2009), war es aus Sicht des LFA Bereitschaftspolizei (LFA BP) erforderlich, zukünftig einheitliche Standards festzulegen. Aus diesem Grunde hat die GdP nochmals um ein Gespräch mit dem Einsatzreferenten, LPD Heinen, gebeten. Dieses Gespräch verlief in sehr konstruktiver Atmosphäre. Im Ergebnis wurde folgende Regelung vereinbart:

1. Die Einsätze, für die das Innenministerium die „größtmögliche Verfügbarkeit“ anordnet, werden grundsätzlich bis zum 15. November des laufenden Jahres für das Folgejahr bekannt gegeben. Für 2010 hat das Innenministerium dies bereits für folgende zu erwartende Einsatz-

maßnahmen umgesetzt: Verschiedene Einsatzanlässe zum 1. Mai (30. 4.–2. 5.), Love-Parade in Duisburg (23.–25. 7.) und Versammlungen in Dortmund (4. 9.).

2. Je frühzeitiger die „größtmögliche Verfügbarkeit“ angeordnet wird, desto größer werden die tatsächlichen Stärken sein. Dabei wird von einer Mindeststärke von 1 Hundertschaft mit zwei Zügen und einer Gruppe ausgegangen, die grundsätzlich nicht unterschritten wird.

3. Die „größtmögliche Verfügbarkeit“ kann unabhängig von der voraussichtlichen Einsatzdauer (Tage) angeordnet werden.

4. Beim Bekanntwerden aktueller Einsatzlagen kann die „größtmögliche Verfügbarkeit“ auch zu einem späteren Zeitpunkt angeordnet werden. In diesem Fall gilt, dass die genehmigten Urlaubsgesuche bestehen bleiben und alle anderen Dienstfreianträge gestrichen werden. Die bedeu-

tet, dass hierbei auch die Mindeststärke von 97 Beamtinnen und Beamten unterschritten werden kann.

5. Die vereinbarten Regelungen werden zunächst für 2010 zu Grunde gelegt und zum Ende des Jahres überprüft.

Vorstandsmitglied Adi Plickert bewertet das Ergebnis positiv. „Wieder einmal hat sich gezeigt, dass ein sachorientiertes und konstruktives Gespräch mehr Erfolg erzielt, als der Gang zu den Gerichten. Mit dem jetzt erzielten Ergebnis, wird den persönlichen Interessen der Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei Rechnung getragen. Dies ist eine gute Entscheidung, die insbesondere die aktuelle extreme Einsatzbelastung berücksichtigt. Aus diesem Grunde gilt unser Dank insbesondere dem Einsatzreferenten, LPD Heinen, der am Zustandekommen dieser Regelungen maßgeblich mitgewirkt hat.“





2009 – ein Rückblick in Schlagzeilen

++++ Am **19. Januar**, 2009 ist noch ganz neu – startet das Jahr mit einem ersten Paukenschlag: **acht Prozent für alle**, mindestens aber 200 Euro – mit dieser Forderung gehen die Gewerkschaften in die an diesem Tag beginnende Tarifrunde für den öffentlichen Dienst. Die erste überhaupt innerhalb des neuen Tarifvertrags der Länder (TdL). ++++ Bereits am **3. Februar** ziehen 14 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes am Amtssitz des **Verhandlungsführers der Länder**, dem niedersächsischen Finanzminister Hartmut Möllring, in Hannover vorbei. Sie fordern, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht länger von der Einkommensentwicklung abgekoppelt werden. ++++ Nur wenige Tage später, am **10. Februar**, gehen

erneut **10 000 Beschäftigte von Polizei und Feuerwehr**, aus Schulen und der öffentlichen Verwaltung auf die Straße. Diesmal in Düsseldorf. ++++ Ein beeindruckendes Bild. Nicht nur, weil erneut die grüne Uniform der mit demonstrierenden Polizistinnen und Polizisten das Bild beherrscht, sondern weil selbst ein plötzlich über die Landeshauptstadt **hereinbrechendes Sturmgewitter** die Demonstranten nicht auf ihrem Weg vor die Staatskanzlei aufhalten kann. ++++ Parallel zur beginnenden Tarifaueinandersetzung wird bekannt, dass sich in NRW erneut rund 4000 junge Männer und Frauen für die **Einstellung in den Polizeidienst** beworben haben. Für die GdP ein Indiz, dass die Polizei in NRW mit der Umstellung auf den Bachelor-Abschluss auf dem richtigen Weg ist – trotz aller Anlaufprobleme des neuen Studiengangs. ++++ Am **27. Februar** kommt es innerhalb von noch nicht einmal vier Wochen zur dritten Demonstration: Erneut ziehen **Tausende von Beschäftigten** des öffentlichen Dienstes durch die Düsseldorfer Innenstadt. Und wieder sind es die Mitglieder der GdP, die das Bild der Demonstranten prägen. ++++ Weil der Rosenmontag gerade erst ein paar Tage vorbei ist, haben die Gewerkschaften sogar einen **Karnevalswagen** mitgebracht, um für ihre Forderungen mobil zu machen. Eine Aktion, die sich bis zu den Tarifverhandlungen im fernen Potsdam herumsprechen sollte. ++++ Am darauffolgenden Wochenende gelingt der Durchbruch: Die Tarifbeschäftigten bekommen **5,2 Prozent mehr Gehalt**, verteilt auf zwei Jahre. ++++ Zehn Tage später, am **11. März**, erschüttert der **Amoklauf von Winnenden** die Republik. 15 Menschen kostet die Tat eines Schülers das Leben. ++++ Politik und Öffentlichkeit sind sich nach der Tat einig. Wer Amokläufe verhindern will, muss das **Waffenrecht verschärfen**. Doch die meisten Expertenvorschläge verschwinden fast so schnell wieder in der Schublade, wie sie das Licht der Öffentlichkeit erblickt haben. Die Waffenlobby setzt sich erneut durch. Es kommt nur zu marginalen Korrekturen. ++++ „Eins zu eins wird Nordrhein-Westfalen den Tarifabschluss **für die Beamten übernehmen**“ – immer wieder hatte Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) dieses Versprechen erneuert. Doch als es zum Schwur kommt, will Rüttgers nichts mehr davon wissen. 20 Euro sollen die Beamten weniger bekommen. ++++ Mit ihrem eigenen Körper stellen Polizeibeamte und Feuerwehrleute am **24. März** unmittelbar vor dem Düsseldorfer Landtag das Wort „**Wortbruch**“ nach und zeigen dem Regierungschef, was sie von dieser Art von Vertrauensbruch halten. ++++ Drei Tage lang, vom **7. bis 9. April**, wählen angehende Polizeibeamte und Auszubildende bei der Polizei ihre **Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)**. In 10 der 11 örtlichen JAV-



Der Geschäftsführende GdP-Landesvorstand wünscht allen Mitgliedern schöne Feiertage und einen guten Übergang ins Jahr 2010.

→ Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

Gremien hat die GdP die Nase vor. Sie stellt die Vorsitzenden. +++++ Am **1. Mai** kommt es in Dortmund zu einem **brutalen Überfall von Rechtsextremisten** auf die 1.-Mai-Demonstration des DGB-Demo. Mehr als 400 Rechtsextremisten können im Anschluss an den Überfall von der Polizei erkennungsdienstlich behandelt werden. +++++ Unter dem Motto „Gewalt von Rechts – eine Herausforderung für Polizei und Gesellschaft“ startet der GdP-Landesbezirk am **7. Mai** sein erstes **Kriminalforum**. Das Forum soll in den kommenden Jahren mit wechselnden Themen wiederholt werden. +++++ Nur zwei Tage später, am **9. Mai**, scheitert die Anti-Islam-Konferenz der rechtsextremistischen Bewegung „**Pro Köln**“ am Widerstand der Bevölkerung. Fast 6000 Beamte hatte die Polizei aufgeboten, um ein Aufeinandertreffen der verschiedenen Gegendemonstrationen mit den Rechtsextremisten zu verhindern. +++++ Am **18. Juni** kündigt Innenminister Ingo Wolf (FDP) im Innenausschuss die Nachrüstung aller Polizeibeamten mit **Helm und Einsatzmehrzweckstock** an. Wolf kommt damit einer Forderung der GdP nach, Polizeibeamte besser gegen gewalttätige Angreifer zu schützen. +++++ Am **23. Juni** beschließt das Landeskabinett die **Aufstockung der Planstellen im Bereich A 12 und A 13** um 450 Stellen. Damit setzt die Landesregierung eine langjährige Forderung der GdP um, den Deckungsbeschluss, durch den die Zahl der Spitzenfunktionen im höheren Dienst künstlich niedrig gehalten wird, zumindest teilweise aufzuheben. +++++ Über Presseartikel macht die GdP am **10. Juli** auf das illegale **Sammeln von DNA-Proben** von Kripo-Beamten in Duisburg aufmerksam. Innenminister Wolf lässt die noch im Aufbau befindliche Datei unverzüglich stoppen. +++++ Politik muss auch Spaß machen. Mehr als 1200 GdP-Mitglieder und deren Familienangehörige folgen der Einladung der GdP zum **Familientag** am **14. August** nach Fort Fun im Sauerland. +++++ Nur wenige Tage später kann die GdP einen weiteren Erfolg verbuchen: Innenminister Wolf kündigt an, dass alle Einsatzfahrzeuge der Polizei mit zwei **Fluchthaben nachgerüstet** werden. Die GdP hatte nach den Bänden in Köln-Worringen und in Wülfrath im vergangenen Jahr wiederholt eine entsprechende Nachrüstung gefordert. +++++ Unter massiver Medienpräsenz diskutieren am **20. August** in der Schalke-Arena in Gelsenkirchen Einsatzleiter der Polizei, Vertreter des DFB und der Fanprojekte über Strategien zur Bekämpfung der Gewalt im Umfeld der Fußballspiele. Die GdP fordert auf dem von ihr organisierten **Fußball-Forum** den Verzicht auf gewaltrelevante Fußballspiele am Freitagabend. +++++ Am **1. September** startet der zweite Bachelor-Studienjahrgang. Diesmal auch für die Aufsteiger, die aus dem aktiven Polizeidienst heraus noch mal die Hochschulbank drücken, um sich fachlich auf die Übernahme von Führungsaufgaben vorzubereiten. +++++ Nach der Kripo bekommt auch der **Verkehrsbereich ein eigenes Forum**. Mehr als achtzig Polizeibeamte aus dem Verkehrsbereich, dem Innenministerium und der Forschung diskutieren am **1. Oktober** über Anspruch und Wirklichkeit der Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei +++++ Mit gleich **drei Personengruppenkonferenzen** läutet der Landesbezirk im Oktober die aktive Vorbereitungsphase der Landesbezirkskonferenz im Mai kommenden Jahres ein. Nach der Frauengruppe (**7. 10.**) und den Senioren (**13. 10.**) diskutiert am **16. und 17. Oktober** die Junge Gruppe über die Politik der kommenden Jahre. Alle drei Gruppen wählen ihren Landesvorstand neu. +++++ Am **20. November** folgt bereits das nächste Ereignis: Mehr als 100 Anträge gehen bis zum offiziellen Antragschluss für den **Landesdelegiertentag 2010** in der Gudastraße ein. Das alte Jahr ist noch nicht zu Ende, da zeigen sich bereits die ersten Konturen des neuen.



Fotos: Manfred Vollmer (3), Peter Lampe (1)



2-Prozent-Grenze für Beamte

Bereits am 1. April ist das neue Landesbeamtengesetz (LBG) NRW in Kraft getreten. Zeitverzögert tritt jetzt zum 1. Januar 2010 auch die darin enthaltene Belastungsgrenze bei der Kostendämpfungspauschale und bei Eigenbehalten in Kraft (Paragraph 77, Absatz 9 LBG).

Künftig dürfen die Aufwendungen für

- die Kostendämpfungspauschale
- und die Aufwendungen, die für die Inanspruchnahme von gesondert berechneter Unterkunft und Verpflegung sowie gesondert berechneten ärztlichen/zahnärztlichen Leistungen (Wahlleistungen) im Rahmen von stationären, teilstationären oder vor- und nachstationären Behandlungen sowie Kosten, die durch die Begrenzung von zahn-technischen Leistungen entstehen, die Belastungsgrenze von 2 Prozent der Jahresdienstbezüge bzw. der Jahresversorgungsbezüge nicht übersteigen.

Bei der Ermittlung der Jahresbezüge ist der Bruttobetrag maßgebend. Variable Bezügebestandteile, kinderbezogene Anteile im Familienzuschlag sowie Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung bleiben unberücksichtigt.

Die Bewertung der Neuregelung fällt zwiespältig aus: Einerseits dürfte die neue Belastungsobergrenze von 2 Prozent für einige kranke Kolleginnen und Kollegen eine erhebliche Entlastung darstellen. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass dies ein weiterer Schritt auf dem Weg zur „Gleichmacherei“ bedeutet.

Neuer Landesjugendvorstand

5500 Mitglieder hat die Junge Gruppe in NRW. 2005 waren es noch 7000. Doch der Rückgang der Mitgliederzahl liegt nicht an einem sinkenden Organisationsgrad der GdP bei den Berufsanfängern – der ist im Gegenteil mit über 80 Prozent bei den letzten beiden Einstellungsjahren konstant hoch –, sondern schlicht an der bis 2008 vom Land drastisch zurückgegangene Zahl der Einstellungen bei der Polizei.

Entsprechend selbstbewusst lautete das Motto „Die Zukunft sind wir“, unter dem am 16. und 17. Oktober in Kamen die Vertreter der Jungen Gruppe über den Stand der Bachelor-Ausbildung bei der Polizei, die eigenen Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten und über das Thema Gewalt gegen Polizeibeamte diskutiert haben.

Mit dabei waren in einer anfänglichen Diskussionsrunde, die den Wahlen des neuen Landesvorstands der Jungen Gruppe und der späteren Antragsberatung vorangestellt war, nicht nur Vertreter von Fanprojekten, sondern auch Monika Düker, die innenpolitische Sprecherin der Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag.

Zu den unter den in der Diskussion heftig umstrittenen Positionen gehörte

auch die Deeskalationspolitik der Polizei in NRW. Ein Teil der jungen Delegierten wünschte sich in bestimmten Konfliktsituationen ein massiveres Auftreten der Polizei.

Bei den Neuwahlen gab es bei etlichen Funktionen mehrere Kandidatinnen und Kandidaten. Als Vorsitzender wurde erneut Dennis Grindel (Mettmann) gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wur-



den Markus Szech (Köln) und Melanie Hoerhold (Wesel). Als weitere Mitglieder gehören dem neuen Landesjugendvorstand Josefine Klein (Schriftführerin; Gelsenkirchen), Barbara Mühlenhöver (stellvertretende Schriftführerin; Köln), Torsten Seiler (Kassierer; Dortmund), Katrin Haverkamp (stellvertretende Kassierer; Duisburg), Alexander Koch (Beisitzer; Essen) und Sabrina Boblist (Beisitzerin; Wuppertal) an.

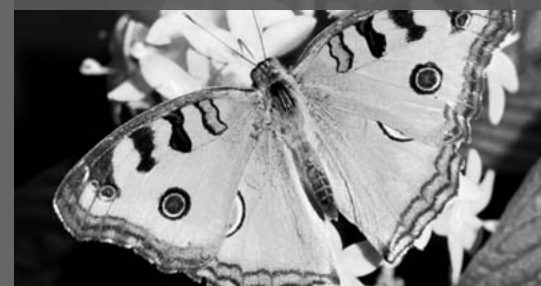
Anzeige



Medizinisch-Psychosomatische Klinik Bad Bramstedt

Schön Kliniken

LEBEN WILL ENTFALTUNG



Das klingt selbstverständlich. Doch die Tätigkeit bei der Polizei erfordert sehr viel persönlichen Einsatz und eine hohe Belastbarkeit. Beamte stehen für öffentliche Anliegen und Interessen ein. Anhaltende Überlastung oder akute Bedrohungssituationen können psychosomatische Folgen wie Ausbrennen, Unzufriedenheit, Schlafstörungen oder körperliche Beschwerden haben. Im Rahmen unserer Behandlungsmöglichkeiten können wir Auswege aus Erschöpfung, anhaltenden Belastungsreaktionen oder Stimmungsveränderungen aufzeigen, um Lebensqualität und Lebensfreude wieder zu fördern. Mit nachweisbarem Erfolg und einer überdurchschnittlichen Patientenzufriedenheit. Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme.

Medizinisch-Psychosomatische Klinik Bad Bramstedt
Birkenweg 10, 24576 Bad Bramstedt, Tel. 04192 504-503
KlinikBadBramstedt@schoen-kliniken.de, www.schoen-kliniken.de

Schön Kliniken. Die Spezialisten



GdP-Bildungsplan 2010: Jetzt anmelden

Viele reizvolle Perspektiven bietet das neue Bildungsprogramm 2010 der GdP – egal, ob ich in der nächsten Zeit selbst politisch aktiv werden oder nur mein Wissen auffrischen will.

„Jetzt geht’s los – GdP aktiv erleben“ lautet der Titel eines dreitägigen Einsteigerseminars für politisch Interessierte – voll mit Information und Diskussion, Outdoor- und Kooperationsübungen. Das Premium-Angebot für all diejenigen, die sich intensiv in der GdP engagieren möchten, ist erneut die Gewerkschafts-akademie. Über einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren werden in fünf dreitägigen Seminaren umfassende Kenntnisse über gewerkschaftliche Kernthemen vermittelt. Aber auch die persönliche Qualifizierung steht mit im Mittelpunkt – vom Konfliktmanagement bis zur Rhetorik, vom Projektmanagement bis zur effektive Zeitplanung. Weitere Schwerpunkte des Bildungsprogramms

2010 bilden kriminal- und gesellschafts-politische Themen: Cybercrime, Jugend- und Wirtschaftskriminalität, Migration, Rechtsextremismus, Fußball ohne Ge-

walt oder zum Beispiel das Thema „Work-Life-Balance“.

Mehr Infos im beiliegenden Bildungsprogramm oder unter: www.gdp-nrw.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 1. 12. Albert Kirchhofer, Mönchengladbach
Fritz Thrun, Bad Homburg
- 3. 12. Elsbeth Vach, Groß-Umstadt
- 4. 12. Hans Höhne, Krefeld
- 6. 12. Maria Liehr, Dortmund
- 7. 12. Wilhelm Koch, Köln
Gerda Witt, Münster
- 10. 12. Elsbeth Glaubitz, Duisburg
- 12. 12. Lieselotte Pauluhn, Koblenz
Hedwig Vogt, Gronau
- 14. 12. Friedrich Kohleick, Wuppertal
- 15. 12. Hildegard Zielmann, Gelsenkirchen
- 17. 12. Robert Casselmann, Simmerath
- 19. 12. Ursula Welling, Düsseldorf
- 24. 12. Magdalene Schlenz, Wuppertal
- 25. 12. Ella Müller, Nettetal
- 26. 12. Richard Stellmacher, Gelsenkirchen
- 28. 12. Frieda Laake, Rheda-Wiedenbrück
- 30. 12. Helmut Scherer, Köln
Ursula Spielmann, Siegburg

91. Geburtstag

- 1. 12. Heinrich Maasche, Witten
- 13. 12. Anni Geißler, Meschede
Anna Grimm, Köln
- 22. 12. Everhard Bruene, Bottrop
- 29. 12. Leonore Bläser, Bochum

92. Geburtstag

- 11. 12. Emilie Schüler, Bochum

93. Geburtstag

- 12. 12. Hugo Timmer, Essen
- 15. 12. Gerhard Nave, Bielefeld
- 17. 12. Emilie Erika Witzel, Bochum
- 18. 12. Gertrud Schulzen, Krefeld
- 19. 12. Ewald Kasper, Düsseldorf

- 20. 12. Meta Kuniss, Dortmund
- 22. 12. Gertrud Bramsiepe, Essen
- 29. 12. Wolfgang Haetzold, Herne

94. Geburtstag

- 5. 12. Maria Jansen, Ratingen
Gerda Laub, Köln
- 25. 12. Irmgard Holtz, München

95. Geburtstag

- 18. 12. Friedrich Koch, Kürten
- 20. 12. Elfriede Schneider, Wiehl
- 21. 12. Siegfried Simonsohn, Münster
- 26. 12. Margarete Smarzlik, Niederkrüchten
- 28. 12. Heinrich Giese, Recklinghausen

96. Geburtstag

- 5. 12. Rudolf Horstkotte, Bielefeld

97. Geburtstag

- 4. 12. Wilhelm Becker, Bottrop
- 7. 12. Hildegard Braun, Herten
- 12. 12. Ferdinand Müller, Paderborn
- 13. 12. Käthe Kron, Langenfeld
- 15. 12. Gertrud Grunau, Gelsenkirchen

98. Geburtstag

- 15. 12. Fritz Kraatz, Essen

99. Geburtstag

- 15. 12. Friedrich Berner, Frechen

100. Geburtstag

- 5. 12. Maria Karioth, Kevelaer

101. Geburtstag

- 17. 12. Elisabeth Schönenbach, Mainz



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.), Konny Wolf
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe ist der 7. Dezember.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Abschied von Heinz Pensky

Die GdP Nordrhein-Westfalen trauert um Heinz Pensky.

Heinz Pensky, geboren im August 1921 in Essen, kam aus einer sozialdemokratisch geprägten Familie. Schon mit acht Jahren, während der Endphase der Weimarer Republik, trat er der sozialistischen Jugendbewegung bei. In den fünfziger Jahren kam er zur SPD, für die er von 1969 bis 1983 im Deutschen Bundestag saß. Neben der SPD galt seine politische Liebe den Gewerkschaften. Heinz Pensky war nicht nur Gründungsmitglied des GdP in Nordrhein-Westfalen, sondern seit 1954 auch deren Geschäftsführer. Heinz Pensky war einer der entschiedensten Befürworter des Beitritts der GdP 1978 zum Deutschen Gewerkschaftsbund. Als GdP-Mitglied hat er bei vielen für die Polizei wichtigen Weichenstellungen an entscheidender Stelle mitgewirkt, auch in seiner Funktion als Bundestagsabgeordneter. Er hat sich politische Verdienste um die GdP erworben, die bis heute nachwirken.

Werbeaktion 2009

Glücksnummern des Monats

45 17816
Peter Tilmans, Rhein.-Berg.-Kreis
45 17286
Kerstin Shelew, Dortmund
45 12978
Heike Zideller, Märkischer Kreis
45 17858
Bastian Gückel, Düsseldorf

Die Gewinner erhalten eine Colleague-Mappe.

GdP aktiv

7. 12., Kreisgruppe Euskirchen, Jahreshauptversammlung mit Wahlen, Gaststätte Bürgerhofe, Aachener Str. 34, Kall.

7. 12., Kreisgruppe Borken, Jahreshauptversammlung, Gaststätte am Schulzenbusch, Hof zum Ahaus 3, Ahaus.

19. 1., Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, Jahreshauptversammlung mit Wahlen und Jubilarehrungen, 15.00 Uhr, Berghäuser Hof, Hattinger Str. 121, Schwelm.

Wir sind die GdP

„Caroline (Name geändert) spricht leiser als sonst. Das ihr eigene, typische Lächeln kann ich heute nicht erkennen. In der Hand hält sie ein Blatt Papier: ‚Strafanzeige wg. Strafvereitelung im Amt‘. Das hatte sie noch nie. Heute spricht sie zum ersten Mal mit mir als Vertrauensmann der GdP – weil ich auch etwas mit Disziplinarver-



Pause mit Grillfleisch – geballte Vertrauensleute

teidigung und Rechtsschutz zu tun habe.“ Diese Geschichte fällt Michael Nauth, dem Vorsitzenden der GdP-Kreisgruppe LKA, als erstes ein, wenn man ihn nach den Gründen fragt, warum Beschäftigte des LKA Mitglied der GdP sind.

Auch im LKA werden Kolleginnen und Kollegen angezeigt oder sollen für Schäden an Dienstwagen privat haften. Hilfestellung gewähren hier die gut 40 Vertrauensfrauen und -männer der Kreisgruppe. Die Probleme sind oft ähnlich und schon erfolgreich gelöst worden. Nicht immer ist das allen Beschäftigten bekannt. Auch nicht allen Gewerkschaftsmitgliedern. Das gesammelte Wissen der Vertrauensleute wird intern suchfähig (in der über unsere Internetseite www.gdp-lka-nrw.de zu erreichen sein. Wer „dienst kfz“ und „mobbing“ eingibt bekommt Kommentare, Vorgehensweisen, Rechtsprechung und Formulare angezeigt.

Die Ausbildung dazu gibt es in Seminaren. Hierhin kommen Juristen, Psychologen und andere Fachleute. Was ist, wenn ich im Dienst angezeigt werde? Soll ich mich „dienstintern“ zu der Sache einlassen? Die Themen kommen immer aus der Praxis. Die GdP im LKA – das sind ganz direkt und ansprechbar Kolleginnen und Kollegen. Was machen die? Die bieten sofort ihre Hilfe an, wenn es eng wird. Testet die mal!

Fast dreißig Jahre lang war Dieter Goertz Gewerkschaftssekretär des GdP-Landesbezirks NRW, bevor er Ende Oktober, mit 65, in den Ruhestand gegangen ist. Er ist der erste von mehreren politischen Sekretären, die in den kommenden Jahren aus Altersgründen die Gudstraße verlassen werden. Nach einer Ausbildung in einem Handwerksberuf trat Dieter Goertz 1962 in die Polizei des Landes NRW ein und wurde GdP-Mitglied. Kurz danach stieg er in die aktive Gewerkschaftsarbeit ein, zunächst in der Kreisgruppe Mönchengladbach, später auf Landesebene. 1979 wurde er als stellvertretender Kassierer Mitglied des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands. Ein Jahr später, Mitte 1980, wurde Dieter Goertz hauptamtlicher Beschäftigter des Landesbezirks und übte dort in verschiedenen Bereichen die Funktion eines Gewerkschaftssekretärs aus, zuletzt als stellvertretender Geschäftsführer. Vorstand und Beschäftigte der GdP wünschen Dieter für die Zukunft alles Gute, viel Gesundheit und vor allem die Zeit, sich als bekennender Hippopotamologe den Flusspferden, seinem großen Hobby, zu widmen.



Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

15. Dezember, Weihnachtsfeier, Treffpunkt: 15.00 Uhr Saalbau Kommer, Forster Linde 55-57, Aachen, Anmeldung bis 11. Dezember bei Ralf Dünzer, Tel.: 02 41/95 77-2 30 03

Kreisgruppe Bielefeld

7. Dezember, Treffen, Treffpunkt: 15.00 Uhr bei Wiebracht. 11. Dezember Jahresabschlussessen, Treffpunkt: 18.00 Uhr in der Gaststätte Alt Stieghorst, Stettiner Str. 20, Bielefeld. Anmeldung Tel.: 05 21/9 82 73 92. Wer möchte: 16.00 Uhr Treffen Bielefelder Weihnachtsmarkt.

Kreisgruppe BZ Brühl

17. Dezember, Jahresabschluss, Treff-

punkt: 18.00 Uhr, Restaurant Birkhof, Brühl. Anmeldung bis zum 8. Dezember, Tel.: 0 22 27/60 46. Das Seniorentreffen am 3. Dezember fällt aus!

Kreisgruppe Dortmund

9. Dezember, Seniorenweihnachtsfeier, Treffpunkt: 17.00 Uhr, Aula des PP Dortmund. Anmeldung: Fritz Rüssmann, Tel.: 02 31/59 72 47.

Kreisgruppe Düsseldorf

7. Dezember, Adventsfeier, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Gaststätte M&M Bistro-Restaurant Zum Staufenplatz, Grafenberger Allee 405, Düsseldorf

Kreisgruppe Ennepe-Ruhr

2. Dezember, Nikolauskaffeetrinken mit Jubilarehrungen, Treffpunkt: 15.00

Uhr, Gaststätte Berghäuser Hof, Hattinger Str. 121, Schwelm. Anmeldung bei Heveling, Tel.: 0 23 32/8 08 39 oder Loeper, Tel.: 0 23 36/1 41 09

Kreisgruppe Gelsenkirchen

14. Dezember, Weihnachtsfeier, Treffpunkt: 14.00 Uhr im Nebenraum der Kantine des PP. Anmeldung unter Tel.: 02 09/3 65-30 03.

Kreisgruppe Heinsberg

10. Dezember, vorweihnachtliche Feier mit Angehörigen, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Gasthaus Sodekamp-Dohmen, Hückelhoven-Hilfrath.

Kreisgruppe Krefeld

16. Dezember, Weihnachtsfeier des Polizei-Pensionärs-Verein, Treffpunkt: 16.00 Uhr, Gaststätte Liewerbaas, Oststr. 12, Krefeld.

Kreisgruppe AP Verkehr / Köln

4. Dezember, Jahresabschlussfeier und Mitgliederehrung, Treffpunkt: 16.00 Uhr, Kanine Meurer, Gaedestr., Köln. Anmeldung bei Heribert Wilden, Tel.: 02 21/2 29 64 55

Kreisgruppe Minden-Lübbecke

10. Dezember, Adventkaffeetrinken, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Kantine des Kreishauses Minden, Portastr. 13.

Kreisgruppe Unna

14. Dezember, vorweihnachtliches Kaffeetrinken, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Cafe Kurpark in Unna. Anmeldung bei Alfred Weber ist unbedingt erforderlich, Tel.: 0 23 07/27 93 92.



Unter den Karikaturisten zählt Jürgen Tomicek zu den Top Ten. In der Polizei kennen ihn viele von Karikaturen, die er exklusiv für die GdP zeichnet. Jetzt hat Jürgen Tomicek ein neues Best-of vorgelegt. Für GdP-Mitglieder gibt es „Die besten Tomicek-Karikaturen 2009“ bei online-Bestellung mit Signatur für 13,80 Euro plus Versand: www.verlag-tomicek.de. Ausgeliefert werden die signierten Exemplare noch bis kurz vor Weihnachten („mit Signatur“ angeben).

NACHRUF

Berkenkamp, Günter	11. 10. 1928	Dortmund	Pensky, Heinz	22. 8. 1921	Mettmann
Berndt, Rainer	3. 10. 1954	Ennepe-Ruhr	Reiffenschneider, Peter	23. 5. 1940	Krefeld
Blinde, genannt	10. 10. 1921	Essen/Mülheim	Scharrenbroich, Edith	2. 8. 1923	Duisburg
Kramer, Alfred			Schlemminger, Günter	9. 7. 1929	Duisburg
Bonin, Willi	2. 7. 1925	Bielefeld	Schwarz, Lieselotte	4. 8. 1921	Rheinisch Bergischer Kreis
Clouth, Ulrich	6. 7. 1935	Oberbergischer Kreis	Sebastian, Hans	31. 8. 1919	Köln
Courage, Peter Leonard	8. 10. 1925	Düsseldorf	Selaskowski, Eberhard	6. 10. 1932	PP Dortmund-Autobahnpolizei
Eidinger, Lothar	2. 12. 1923	Gelsenkirchen	Simon, Katharina	24. 10. 1920	Aachen
Führer, Herta	8. 12. 1919	Solingen	Sniady, Franz-Josef	2. 8. 1948	Recklinghausen
Kiesewetter, Wilhelma	2. 11. 1920	Bonn	Stadelmaier, Hermann	13. 5. 1914	Köln
Klein, Elisabeth	17. 6. 1923	Bonn	Steffen-Kopp, Manuela	28. 1. 1964	Recklinghausen
Klünisch, Erna	25. 10. 1927	Leverkusen	Weyland, Helena	2. 6. 1922	Oberbergischer Kreis
Löffelsender, Hedwig	9. 9. 1930	Köln	Zimny, Else	14. 3. 1924	Autobahnpolizei Münster
Lutter, Kaspar	13. 2. 1944	DHPol			
Mager, Franziska	9. 2. 1927	Köln			
Menge, Wilhelm	10. 8. 1919	Hochsauerlandkreis			

